AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Ägypten Jahresbericht 2023

Präsident Sisi kündigt im April 2022 die Wiederseinsetzung des präsidialen Begnadigungsausschusses (Presidential Pardons Committee kurz PPC) an. Die Behörden kündigen die Freilassung von 895 Personen an, die aus politischen Gründen inhaftiert waren, sowie von Dutzenden weiterer Personen, die ihre Schulden nicht beglichen hatten[1]. Die Sicherheitskräfte weigerten sich, mindestens 33 von ihnen freizulassen, luden andere unrechtmäßig zum Verhör vor und drohten ihnen mit erneuter Verhaftung, wenn sie ihre Meinung äußerten. Der Aktivist Sherif al-Rouby wird im Mai freigelassen und im September erneut verhaftet, nachdem er sich öffentlich über die Bedingungen für ehemalige Inhaftierte beschwert hatte. Die Sicherheitskräfte verhängen ein willkürliches Reiseverbot gegen den Menschenrechtsanwalt Mahinour el-Masry, den Forscher Ahmed Samir Santawy und andere, die 2022 freigelassen wurden.

Seit der Wiedereinführung des PPC werden bis zum Jahresende 2.562 mutmaßliche KritikerInnen oder Gegner der Regierung verhaftet und von der Obersten Staatsanwaltschaft, einer Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft, verhört, während Tausende willkürlich inhaftiert wurden, weil sie Gebrauch von ihren Menschenrechten gemacht haben. Der Rechtsanwalt Youssef Mansour wird seit seiner Verhaftung im März willkürlich festgehalten, weil er die Misshandlungen eines Mandanten kritisiert hatte.

Staatsanwälte und Richter verlängern routinemäßig die Untersuchungshaft von Tausenden von Personen, die wegen unbegründeter Terrorismus- oder Sicherheitsvorwürfe inhaftiert sind. Ein neues Onlinesystem für Anhörungen zur Verlängerung der Untersuchungshaft im Gefängnis Badr 3 verletz das Recht der Inhaftierten auf eine angemessene Verteidigung und auf Anfechtung der Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung. Das Recht der Angeklagten auf ein faires Verfahren wird regelmäßig missachtet, indem Sicherheitskräfte private Treffen mit AnwältInnen verhindern. Verurteilungen und Gerichtsverfahren gegen RegierungsgegnerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen durch von grob unfaire Notstandsgerichte werden trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands im Oktober 2021 fortgesetzt.

Die Staatsanwaltschaft hat es systematisch vermieden, Ermittlungen zu Beschwerden über gewaltsames „Verschwindenlassen“, Folter und Misshandlungen anzuordnen. Die Sicherheitskräfte setzten Hunderte von Inhaftierten dem gewaltsamen „Verschwindenlassen“ aus, manche über Monate hinweg. Beamte der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA) verhaften

1 https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/05/egypt-exclude-security-agencies-from-reviewing-releases-of-jailed-critics/?utm_source=annual_report&utm_medium=pdf&utm_campaign=2021

Abdel Rahman al-Saeed am 23. März 2022 in seinem Haus, nachdem er ein Video in den sozialen Medien veröffentlicht hatte, in dem er die steigenden Lebenshaltungskosten kritisiert. Er bleibt bis zum 19. April „verschwunden“.

In Gefängnissen, Polizeistationen und NSA-Einrichtungen wird weiterhin gefoltert. Nachdem im Januar 2022 geheime Videos durchgesickert sind, die polizeiliche Misshandlungen auf dem Polizeirevier Al-Salam First in Kairo zeigen, verurteilten die Behörden 21 Männer, eine Frau und einen Jungen zu Haftstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich und setzten sie auf die „Liste der Terroristen“. Die Behörden leiteten keine unparteiischen und wirksamen Ermittlungen zu den Misshandlungen durch die Polizei ein.

In der zweiten Jahreshälfte verlegen die Behörden Hunderte von Gefangenen, die aus politischen Gründen festgehalten werden, aus dem Tora-Gefängniskomplex südlich von Kairo in den neuen Gefängniskomplex Wadi al-Natrun nördlich von Kairo und den Badr-Gefängniskomplex nordöstlich von Kairo. Dort und andernorts herrschen grausame und unmenschliche Bedingungen. Die Inhaftierten berichteten von Überbelegung, schlechter Belüftung, mangelnder Hygiene und unzureichender Ernährung, Trinkwasser, frischer Luft und Bewegung. Die Behörden verweigern den Inhaftierten den Zugang zu einer angemessenen medizinischen Versorgung und schränken den Kontakt zur Außenwelt in ein oder verbieten ihn komplett. Die Behörden verhängten gegen alle Inhaftierten im Gefängnis Badr 3 ein generelles Verbot von Familien- und Anwaltsbesuchen sowie von schriftlicher Korrespondenz.